Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 63 (1969)

Heft: 7-8

Artikel: Die Zukunft des Südens von Afrika

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141610

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die je gemacht wurde». Wir erfahren darin unter anderem, dass Amerika in Vietnam bis jetzt 7000 Tonnen Tränengas gebraucht hat, was einen Vergleich aushält mit den 12 000 Tonnen Senfgas, die von beiden Gegnern im Ersten Weltkrieg gebraucht wurden.

Der Bericht der Untersuchungskommission geht nun zurück an die 18-Nationen-Abrüstungskonferenz in Genf, an die Generalversammlung der UNO in Neuyork und an die Regierungen der Mitgliedstaaten der UNO. Was die nächsten Schritte sind, steht noch nicht fest, aber eine Anzahl von Beobachtern hat den Eindruck, dass, wenn überhaupt je Massnahmen ergriffen werden, um die CBW zu stoppen, es jetzt geschehen werde.

Die Zukunft des Südens von Afrika

Am 28. Mai 1969 erschien im «Guardian» ein grosses Inserat unter obenstehendem Titel. Es ist das Manifest von 14 politischen Führern der Länder Ost- und Zentralafrikas, das sie an einem Treffen in Lusaka (Zambia) unterzeichneten. Kaiser Haile Selassie von Äthiopien war Vorsitzender dieser Konferenz (16. April). Teilnehmer der Konferenz waren Vertreter der Länder Kenia, Rwanda, Malawi, Kongo (Brazzaville), Kongo (Kinshasa), Somalia, Burundi, Zentralafrikanische Republik, Sudan, Tanzania, Tschad und Uganda. Gastgeber der Tagung war Präsident Kenneth Kaunda von Zambia.

Diese 14 afrikanischen Länder richten ihren Appell an die Menschheit. Da sollten wir uns doch vielleicht die Mühe nehmen, diese 14 Länder auf der Karte aufzusuchen. (Ein Hilfsmittel im Wirrwarr der vielen neuen Bezeichnungen von Staaten bildet die Übersichtskarte, die von der «NZZ» als Separatdruck unter dem Namen «Die Afrikanische Staatenwelt» herausgegeben wurde.)

Die Vertreter dieser 14 afrikanischen Länder legen Wert auf die Feststellung, dass sie nicht für einen schwarzen Rassismus eintreten. Sie wollen aber die Befreiung Afrikas. «Wir befürworten nicht Gewalt, wir befürworten ein Ende der Gewalt, die heute von den Unterdrückern Afrikas gegen alle Menschenwürde angewandt wird.» Die Einwohner Mozambiques, Angolas und Portugiesisch-Guineas haben gegen die Kolonialmacht zu den Waffen gegriffen, obwohl sie sehr überlegenen Militärkräften gegenüberstehen und obwohl sie wissen, was ihnen an Leiden bevorsteht. Diese Zwangsportugiesen interessieren sich weder für den Kommunismus noch für den Kapitalismus. Was sie wollen, ist einfach ihre Freiheit.

Im Schluss des langen Manifests kommen die Vertreter obenstehender Länder auf Rhodesien und Südwestafrika zu sprechen. Sie weisen darauf hin, dass die Einwohner jener Länder sich noch gedulden, dass aber eines Tages diese Geduld erschöpft sein wird. Dann wird ganz Afrika nicht anders können, als ihren Hilferuf erhören.

Bevor obenstehendes Manifest erschien, machte ein Artikel in der amerikanischen «Nation» von Ian Robertson auf dieses gleiche Problem auf-

merksam. Der Titel war «Das Reich der Apartheid». Der Verfasser war Präsident der Nationalen Union der südafrikanischen Studenten, musste aber diese Stellung aufgeben. Wie er nach Harvard kam, sagt man uns nicht, aber jetzt arbeitet er an jener Universität an seiner Doktorarbeit. Er war es, der seinerzeit den Senator Robert Kennedy ersuchte, Johannesburg einen Besuch abzustatten.

Ian Robertson zeigt uns, wie Südafrika unmerklich, aber sicher seinen diplomatischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die neun Staaten des Südens von Afrika ausdehnt. Wieder muss die Landkarte von Afrika uns behilflich sein, damit wir klar sehen, was unter dem südlichen Afrika zu verstehen ist. Es gehören dazu Südwestafrika, Rhodesien, Angola, Mozambique, Lesotho, Botswana, Swaziland, Malawi und Madagaskar.

Südafrika hat diese Staaten zunächst kaum beachtet, aber jetzt umwirbt es sie aus wirtschaftlichen und anderen Gründen. Es hofft, sie als Pufferstaaten gegen die Gefahr einer Guerillainvasion von Norden benützen zu können. Wie bedrohlich ihnen diese Gefahr vorkommt, zeigt die Erhöhung ihres militärischen Budgets in den letzten sechs Jahren von 62 Millionen Dollar auf 350 Millionen Dollar. Die weitere Konsequenz, die sie für sich gezogen haben, ist die Einführung allgemeiner Wehrpflicht für die jungen Männer und einen Teil der jungen Frauen (natürlich nur für die Weissen).

Dies erklärt auch, warum Südafrika seinen Nachbarn mit Anleihen, Geschenken, technischer Hilfe, Nahrungsmitteln, Elektrizität usw. zu Hilfe kommt.

Beim diplomatischen Verkehr haben sie nicht immer Glück. Als der Premierminister von Lesotho Südafrika besuchte, verwies ihn ein Polizist vom Parkplatz, damit ein Weisser dort parkieren könne. Ein anderes Beispiel für solches Pech ist die Behandlung einer Kabinettsministerin aus Zambia. Sie wurde für eine Schwarze Südafrikas gehalten, musste sich eine peinliche Leibesvisitation gefallen lassen. Hierauf wurde sie auf einen Lastwagen geworfen. In einem Arbeitsamt für Eingeborene verlangte man ihre Arbeitserlaubnis zu sehen. Erst nachdem sie von der Sicherheitspolizei wie eine Verbrecherin verhört worden war, geruhte man, ihre Identität anzuerkennen.

Trotz diesen Schwierigkeiten hat Südafrika schon 75 Prozent des Handels des südlichen Afrika in den Händen. Sogar Zambia, das von seiner Abhängigkeit vom Süden loszukommen sucht, führt jedes Jahr für mehr als 28 Millionen Dollar Waren aus Südafrika ein.

In Angola hat Südafrika andere Schwierigkeiten vor sich. Grosse Teile dieses Gebietes sind unter der Kontrolle von Rebellen, und 60 000 portugiesische Soldaten sind nötig, um sie von den stark bevölkerten Gebieten fernzuhalten. Südafrika hat bereits Helikopter an Portugal geliefert, von denen aus die portugiesischen Truppen Napalm auf die Schlupfwinkel der Rebellen abwerfen.

An der Ostküste Afrikas finden wir eine andere portugiesische Kolonie, Mozambique. Es besteht dort eine ähnliche Lage wie in Angola mit ungefähr ebensovielen portugiesischen Truppen. Doch hier ist Südafrika viel stärker engagiert. Im Oktober 1968 brachten dort Portugal und Südafrika 550 Mil-

lionen Dollar auf, um den grössten hydro-elektrischen Damm in Afrika zu bauen. Das Gebiet des künftigen neuen Dammes ist auch die Gegend, wo die Rebellen aus den Grenzdistrikten von Zambia sich am stärksten bemerkbar machen. Sie lassen keinen Zweifel, dass sie ihr Äusserstes tun werden, um den Bau des Dammes zu verhindern. Was für Folgen auch die geringste Störung im südafrikanischen Elektrizitätshaushalt haben wird, kann man sich vorstellen.

Die grosse Insel Madagaskar wird bald der letzte Zuzüger in diesem Reich des Südens sein. Vor einigen Monaten wurden zum Beispiel einige Diplomaten aus Madagaskar nach Südafrika eingeladen und als wichtige Persönlichkeiten behandelt. Sie durften sogar in einem Pavillon für Weisse einem Sportfest beiwohnen, allerdings unter dem Schutz einer starken Polizeiabteilung.

Malawi (früher Njassaland) ist der Satellit, auf den Südafrika am stolzesten ist. Sein Führer, Dr. Hastings Banda, geht so weit, in der UNO für Südafrika zu stimmen und die Aufhebung des internationalen Waffenembargos gegen die Südafrikanische Republik zu verlangen. Südafrika ist momentan daran, den Bau einer neuen Hauptstadt für Malawi zu finanzieren, obwohl Grossbritannien diese Stadtplanung als «Geldverschleuderung» bezeichnet hatte.

Innerhalb des Gebietes von Südafrika liegen die drei früheren britischen Protektorate Botswana, Lesotho und Swaziland. Nur 5 Prozent der männlichen Arbeitskräfte Lesothos finden Arbeit in ihrem Land. Die anderen müssen sich in Südafrika verdingen. Die südafrikanische Sicherheitspolizei macht in Lesotho so ziemlich, was sie will.

Botswana hatte die Ehre, seinen Präsidenten Sir Seretse Khama im weissen Spital Südafrikas zu wissen, als er einmal ernstlich krank war.

Swaziland ist das bestentwickelte Land von den drei britischen Protektoraten. Trotzdem hat es die höchste Analphabetenzahl der Welt. Diese drei Protektorate haben die Zugehörigkeit zum Commonwealth gegen die Abhängigkeit von Südafrika eingetauscht.

Bloss Zambia droht den Plan Premierminister Vorsters zum Scheitern zu bringen. Es ist deshalb kein Wunder, dass Präsident Kaunda von Zambia im obenerwähnten Manifest die Unterstützung der 14 ost- und zentralafrikanischen Staaten sowie die Hilfe der weltöffentlichen Meinung für die Befreiung Afrikas verlangt. Kaunda sieht voraus, dass sich im südlichen Afrika ein Vietnam entwickeln wird. Die Gefahr eines Rassenkrieges ist ernst.

Die Möglichkeit Südafrikas, die Ausbildungslager der Guerillakämpfer in Zambia in Luftangriffen zu vernichten, wird von südafrikanischen Militärs ganz offen diskutiert. Der Verteidigungsminister Piet Botha zieht gerne Vergleiche zwischen der Lage in Südafrika und derjenigen im Nahen Osten vor dem 6-Tage-Krieg.

Die militärischen Staatsstreiche in vielen afrikanischen Staaten haben sich dahin ausgewirkt, dass massgebliche Stimmen in Afrika Zusammenarbeit und Versöhnung mit Südafrika verlangen. Ian Robertson schreibt dazu: «Allzu lange war die Aufmerksamkeit aller freiheitlich Gesinnten der

ganzen Welt einseitig auf den Krieg in Vietnam gerichtet. Es ist nur zu wahrscheinlich, dass nach Abschluss jenes Krieges die Rassentrennung in Südafrika, die im Innern des Landes je länger um so schärfer durchgeführt wird, zum dringendsten moralischen Problem unserer Epoche heranwächst. Die Gefahr besteht, dass, wenn der Moment kommt, Südafrika den ganzen Süden des Kontinents im Griff hat. Man kann sich eine militärisch unangreifbare Pretoria-Regierung vorstellen, die über eine Reihe von Kundenstaaten herrscht und als Zentrum einer glänzend funktionierenden Wirtschaft keine Schwierigkeiten haben wird mit ihrem Rassenproblem.»

Was wird die Einstellung der Vereinigten Staaten sein gegenüber einer solchen Situation, die bis jetzt in den amerikanischen Massenmedien fast unbeachtet geblieben ist?* Schon heute haben amerikanische Geschäftsleute mehr als eine Milliarde Dollar in Südafrika investiert, und ihre Kapitalanlagen wachsen stärker als die jedes anderen Landes, beläuft sich doch der durchschnittliche Ertrag ihrer Investitionen auf mehr als 15 Prozent. Die Gesellschaft, die die Angola-Ölreserven ausbeutet, ist eine Unterabteilung der Gulf-Ölgesellschaft. Die grösste Kette von Touristenhotels in Südafrika wird bald in amerikanischem Besitz sein. Die Chase Manhatten Bank dehnt ihren Einfluss zusehends aus. Man darf nicht vergessen, dass Südafrika über mehr als 60 Prozent der Goldförderung aller nichtkommunistischen Länder verfügt und dass es ein fanatisch antikommunistisches Land ist. Es ist heute militärisch sehr stark und ist ein Stützpunkt der Meerwege nach dem Fernen Osten, zu einer Zeit, da der Suezkanal geschlossen ist. Was wird die Einstellung Amerikas sein in Anbetracht all dieser Umstände, wenn es sich herausstellen sollte, dass Südafrika von Guerillas bedroht ist, die in Moskau, Peking, Kuba und Tanzania trainiert wurden? Die Antwort auf diese Frage dürfte sich in den nächsten zehn Jahren als wichtigste politische Entscheidung Amerikas erweisen.

Die Befreiung Portugiesisch-Guineas

Aspekte einer afrikanischen Revolution

Basil Davidson ist als Schriftsteller und Historiker eng mit der Befreiung der afrikanischen Staaten verbunden. Seine Bücher über dieses Thema sind in vielen Sprachen erschienen. Er war während des Zweiten Weltkrieges mit Kommandos der britischen Armee an den Guerillakämpfen in Jugoslawien und Norditalien beteiligt. So weiss er, worum es geht, wenn er heute die Befreiung einer portugiesischen «Überseeprovinz» schildert.

In seinem Vorwort zum Büchlein von Basil Davidson, das in der Penguin African Library erschien, schrieb Amilcar Cabral, der Führer der Befreiungsbewegung von Guinea: «Als wir jede Möglichkeit der Reform blokkiert fanden, gingen wir zur Revolte über. Heute haben wir mehr als zwei

^{*} Diese Frage stellt sich Ian Robertson in der amerikanischen Zeitschrift «Nation».